

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 5.

Montag, den 7. Januar 1918.

25. Jahrg.

Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit.

Von Richard Gädke.

Die Frage nach den tiefsten Ursachen des russischen Friedensbedürfnisses ist nicht nur geschichtlich und politisch interessant, sondern auch militärisch. Denn sie berührt das Problem von Sieg und Niederlage überhaupt, nicht nur den Gewinn oder Verlust eines Feldzuges, sondern schon den tatsächlichen Erfolg des Kampfes auf dem Schlachtfelde. Hierüber herrschen die unklarsten Vorstellungen, auch unter Schriftstellern, die sich für Fachleute halten. So kommt es, daß unzählige Male in den kritischen Jahren 1916 und in der ersten Hälfte des Jahres 1917 an mich die Frage gerichtet werden konnte: „Glauben Sie denn noch an die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte?“ Und ich darauf nie antworten konnte: „Das kommt ganz darauf an, was Sie unter Sieg verstehen.“ Denn der Sieg hat seine verschiedensten Abstufungen und darum auch seine verschiedensten Auswirkungen. Er kann sogar durch seine fehlerhafte Behandlungen schließlich noch in eine Niederlage einmünden. Schon der Sieg auf dem Schlachtfelde, der unmittelbare Erfolg überlegener Waffenwirkung oder Massen überlegener Führung oder von beiden führt ja in den meisten Fällen keineswegs zur vollständigen Vernichtung des geschlagenen Heeres, wie bei Cannä, wo mehr als die Hälfte der Römer er mordet den Boden deckten, oder wie ähnlich bei Tannenberg, wo neben zahllosen Erschlagenen mehr als 90 000 Gefangene in den Händen der Deutschen blieben. Schon die Schlachtakt bei Sedan verlief etwas anders. Es war die Ueberzeugung, daß die Fortsetzung der Schlacht nur mit der körperlichen Vernichtung des Heeres enden konnte, die die französischen Führer zur Waffenstreckung bewegte. Das Heer war in Geist und Zusammenhalt derart zerrüttet, daß es zu weiterem Kampfe unfähig geworden war. In den allermeisten Fällen beruht der Sieg nur auf der Erkenntnis der feindlichen Heeresleitung, daß die Fortsetzung der Schlacht an der gegebenen Stelle ungünstig geworden ist, daß man darum die Waffstatt verlassen müsse, um das Glück anderswo von neuem zu versuchen. Bei St. Privat, am 18. August 1870, war nur ein Teil des französischen Heeres wirklich geschlagen und der Raumgewinn der Deutschen betrug weit weniger, als der von Engländern und Franzosen an der Somme wie in Flandern in den Jahren 1916 und 1917. Aber Bazaine gab damals das Schlachtfeld auf und schloß sich in Metz ein, während die Deutschen in diesem Weltkriege trotzig und ungebrochen ihren Gegnern in Nahkampfstellung gegenüber verblieben. Wir hatten damals den Zweck unseres Angriffes erreicht, die Gegner ihr diesmal verfehlt. Darum verbuchten wir 1870 mit vollem Rechte einen Sieg und weisen jenen jetzt einen Mißerfolg zu.

Wenn der Sieg schon auf dem Schlachtfelde in vielen Fällen nicht ausschließlich, manchmal sogar zum geringsten Teile in der greifbaren körperlichen Schädigung der feindlichen Heeres besteht, öfter aber in der schließlichen Beeinflussung der Masse, in der Beugung des Willens und der Entschlossenheit der Führer, so gilt dies in erhöhtem Maße für den Verlauf eines ganzen Feldzuges oder gar eines Krieges. Ein Volk, das Widerstand leisten will, wird kaum jemals völlig niedergeworfen werden können, durch noch so viele Siege auf dem Schlachtfelde nicht. Es ist die Einwirkung auf die Vorstellungskraft, auf die Schuld der Masse, Not und Leiden, Ausichtslosigkeit, es ist gelegentlich nur ein Wandel in den Anschauungen über wünschenswerte oder erreichbare Kriegsziele, die über Gewinn oder Verlust eines Krieges entscheiden, ja, es kann der größere Haß gegen die eigene Regierung als gegen den äußeren Feind ein Volk zum Senken der Waffen veranlassen. Ebenso gut aber kann der Haß gegen den Feind, der feste Wille, trotz alledem und alledem Sieger zu bleiben, der Schutz der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit, die Verteidigung von Lebensbedürfnissen der Heimat, der Kampf um die nationale Ehre selbst ein vielfach geschlagenes Volk zum äußersten Widerstand entflammen. An dem stählernen Panzer zerbricht das scharfe Schwert, an dem trotigen Herzen der Niedermerzwille des Feindes. Was anders hat uns Deutschen die Kraft verliehen, uns gegen eine Welt von Feinden siegreich zu behaupten?

Der Sieg in einem Kriege ist fast stets nur ein beschränkter und bleibt abhängig von den Bedingungen, die man dem Besiegten auferlegen will. Fast niemals hat man ohne folgenschweren Irrtum das Recht zu sagen: „Ich bin der Sieger und der andere hat zu erfüllen, was ich ihm auferlege.“ Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer vom 31. Dezember 1917 zutreffend gesagt: „Die Wirkung der Schläge hängt nicht allein von ihrer eigenen Wucht ab, sondern von der Beschaffenheit der Materie, die sie treffen.“

Die russische Revolution ist nicht eine Wirkung der Mißerfolge der russischen Angriffe im Jahre 1916 gewesen und sie haben den Kriegswillen des damals führenden Bürgertums noch nicht gebrochen. Sondern der Friedenswille des schwachen Jaren war es, die zutage getretene Unfähigkeit, Befähigkeit, Diebstahl seines Beamtenums, das Verlassen der Eisenbahnen, des gesamten Versorgungs-

und Verpflegungsdienstes daheim wie im Felde gaben der Duma den Entschluß und die Kraft, dem Despotismus im Innern den Krieg anzujagen. Aber in diesem Kampfe wurde der Sieg nicht errungen durch das Bürgertum, sondern durch die Massen, die auf die Straße stiegen, er war nur möglich durch den offenen Beistand des Heeres. Auf dessen Gesinnung haben die Niederlagen sicher nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Aber nicht sie allein! Die rohen Mittel, die Kosaken und Gendarmen, die Krute und die Maschinen-gewehre, mit denen man sie in den Kampf trieb, die Abwesenheit aller idealen und sittlichen Mächte, die sie hätten zur Höhe der Vaterlandsliebe emporklimmen können, waren die tieferliegenden Ursachen. Die Intellektuellen, die Studenten, die Rechtsanwält, die Kaufleute, denen man die Unteroffizier- und Leutnantsstellen aufgezwingen hatte, weil das Berufs-Offizierkorps auf den Schlachtfeldern lag, sie bildeten den Sauerkeg der Revolution. Das zarische Regiment hatte sich selbst sein Grab gegraben. Der Führi r i h K o r n i l o w ist jetzt der Oberbefehlshaber des russischen Heeres. Die Anarchie im Heere, die aus diesen Gegensätzen entstand, lähmte dann natürlich die Kraft des russischen Heeres.

Doch keineswegs unbedingt! Die Kadetten, die zunächst an die Spitze der Regierung traten, wollten den Krieg mit aller Kraft fortsetzen und der Sozialrevolutionär Kerenski in der Weise der französischen Jakobiner gleichfalls. Noch einmal riß Kornilow das Heer zu einem großen Angriffe fort, der nicht ohne Anfangserfolge blieb und in dem beträchtliche Teile des Heeres mit großer Tapferkeit kämpften. Er wurde dann schwer geschlagen, doch traten noch später die Russen und Rumänen in der Walachei zu neuem Angriffe an. Unsere glänzenden Erfolge im Norden haben

schließlich ungeheuren Eindruck auf Volk und Heer gemacht und es in der Ueberzeugung bestärkt, sich für die Interessen der verhassten Engländer nicht weiter schlagen zu wollen. Aber die Veröffentlichung der Geheimdokumente hat nun bewiesen, das Kerenski noch kurz vor seinem Sturz einen neuen großen Angriff für 1918 plante. Die Widerstandskraft und Widerstandsmöglichkeit des russischen Heeres und Volkes war damals also noch nicht unbedingt gebrochen.

Erst der Sieg der Bolschewiki brachte in der Zeitung Rußlands eine ganz neue Auffassung von Völkerglück, von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht zur Herrschaft, er wies jenen sofort gewaltige Aufgaben im Innern zu, bestärkte sie in der Ueberzeugung, daß die Neuordnung des Staates und seiner sozialen Struktur wesentlicher sei, als die Fortsetzung des Krieges. Er hat zweifellos auch den Widerwillen des Heeres gegen die kriegerischen Abenteuer derart gestärkt, daß jede kommende Regierung diese Friedenssehnsucht der bewaffneten Massen respektieren muß. Und weil unsere großen militärischen Siege auf diese anders gerichtete Auffassung der herrschenden Macht in Rußland stießen, darum dürfen wir hoffen, daß diese Friedensverhandlungen zu einem günstigen Ende führen werden. Unsere Waffenfolge und die Erfolge der russischen Revolution haben den Friedensgedanken in gegenseitiger Durchdringung gefördert. Deutscher Sieg und russische Revolution stehen zu einander als Friedensbringer; die Materie, auf die unser Sieg Eindruck gemacht hat, ist eine andere als zur Zeit Miljukows, Kornilows, Kerenski. Daraus folgt dann freilich auch, daß unsere Friedensbedingungen mit den Auffassungen dieser Regierungen rechnen müssen.

Die Friedensverhandlungen gehen weiter.

Wie bereits am Sonnabend kurz gemeldet, wurde in der Sitzung des Hauptausschusses die Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk weiter gehen. Vorläufig ist also noch nicht jede Hoffnung geschwunden, daß die Friedensverhandlungen doch noch zu einem guten Ende führen.

Wir lassen nun zunächst die Verhandlungen des Hauptausschusses folgen:

In der Sonnabendssitzung des Hauptausschusses gab der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest:

Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als undisputierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgelegene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

„Am 4. Januar, 10 Uhr abends, ist hier das in Ueberzeugung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren, in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird. Die russische Delegation.“

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden.

Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und die Frage der Kriegesgefangenen zu behandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich kann leider dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden nicht zustimmen, widerpreche ihm vielmehr ausdrücklich. Der Zwischenfall in Brest hat ein ungeheures Aussehen gemacht. Im Inlande können wir das selbst beobachten, und daß im Auslande der Zwischenfall weidlich ausgenutzt werden wird, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Zu beachten ist, daß wir gestern nach der Erklärung des Herrn Reichskanzler unsere Verhandlungen abgebrochen haben, so zu sagen mitten in einer Rede des Grafen Westarp, in der er sich für weitgehende Eroberungen ausgesprochen hat. Dem soll heute in der entschiedensten Weise entgegengetreten werden. Es darf und soll kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Reichstagsmehrheit auch heute noch zu ihrer Erklärung vom 19. Juli 1917 steht. Zu der Erklärung, in der es hieß, daß wir einen Frieden der Verständigung und Versöhnung wollen,

der gewalttätige Gebietserwerbungen, sowie politische und wirtschaftliche Vergewaltigungen ausschließt.

Es steht doch fest, daß, wie wir Sozialdemokraten, weite Kreise des Volkes einen Widerspruch sehen werden zwischen den Erklärungen, die die deutschen Unterhändler in Brest am 25. und am 28. Dezember abgegeben haben. (Redner liest die bezeichnenden Stellen aus den Erklärungen von den beiden genannten Tagen vor). Soeben hat nun der Herr Reichskanzler durch den Mund des Unterstaatssekretärs Busche erklären lassen, daß er seinen Standpunkt zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert beibehält, daß er also selbst nicht will, daß ein Widerspruch konstruiert wird.

Die Stellung des Herrn Reichskanzler wäre auch unhaltbar,

wenn er von seinem Standpunkte abgehen wollte. Ich erinnere an folgende Daten: Der Reichstag hat sich wie erwähnt, am 19. Juli klar und deutlich über die Kriegsziele ausgesprochen, klar und deutlich einen Frieden der Verständigung ohne irgend welche Vergewaltigungen betont. In der Antwort auf die Kapitulation hat die Regierung den gleichen Standpunkt eingenommen. Am 29. November 1917 hat der Herr Reichskanzler in seiner Reichstagsrede sich erneut zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Die Erklärung der deutschen Unterhändler in Brest vom 25. Dezember deckt sich mit alledem. Unverständlich aber war es, daß dann am 28. Dezember von den russischen Unterhändlern verlangt worden ist, sie sollten die Kundgebungen der Körperschaften in Kurland, Litauen usw. als Ausdruck des Volkswillens akzeptieren. Wohl gemerkt: es soll sich dabei nur um einen Vorschlag der deutschen Unterhändler gehandelt haben. Die Russen lehnten den Vorschlag ab, erklärten sich aber ausdrücklich einverstanden mit der Einsetzung einer Kommission, in der die Gegenseite auszusuchen, also eine Verständigung gesucht werden sollte. Weiter wurde

5. russische Bürger, ausgenommen Diplomaten, welche das russische Gebiet verlassen, werden Leibesuntersuchungen unterworfen.

Kerenskis Bankguthaben.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur): Als Bankkonto Kerenskis wurde ein Betrag von 317 000 Rubel ausgewunden. Wahrscheinlich wird das Geld zugunsten der Opfer der Offensiv vom 18. Juni 1917 verwandt.

Frankreich und Finnlands Unabhängigkeit.

Der „Matin“ meldet, daß Frankreich die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt hat.

Der Prozeß gegen die Gegenrevolutionäre.

Eine Privatdepesche Reuters meldet aus Petersburg: Der Prozeß gegen Purischkewitsch wurde am Freitag von dem Revolutionsgericht in Petersburg eröffnet. Purischkewitsch, der junge Herzog von Leuchtenberg und zwölf andere Personen werden beschuldigt, eine bewaffnete Gegenrevolution mit Offizieren und Militärskadetten beabsichtigt zu haben zur Wiederherstellung der Monarchie und mit Hilfe des Ausschusses zur Errettung der Revolution eine Streitmacht gebildet zu haben. Am meisten belastend ist ein Brief von Purischkewitsch an Kaledin, in dem er Kaledin die Bildung eines Regiments von Offizieren und Militärskadetten mitteilt, um die Herrschaft der Maximalisten zu stürzen.

Kaledin und Kornilow.

Nach einer Petersburger Havasmeldung wird den Blättern berichtet, daß der frühere Kriegsminister Saminkow und der frühere Generalissimus Wegerow sich in Nowo-Tscherkassk befinden, wo die Abteilung der Militärkavalerie von Petersburg, Moskau und anderen Provinziallagern konzentriert sind. Gegenwärtig werden in Nowo-Tscherkassk Spezialkorps gebildet, die dazu bestimmt sind, Kaledin im Dongebiet zu unterstützen. Kornilow soll zum Oberbefehlshaber aller Truppen im Dongebiet ernannt werden.

Die russische Staatsbank.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Betrieb der Staatsbank ist fast vollständig wieder in Gang und die Arbeit vollkommen normal. Es sind 650 neue Beamte angestellt und 400 alte Beamte haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Wie in Bankgeschäften erahrene Geldleute vermuten, werden nach Überprüfung der Geldbücher der Banken 2 oder 3 Milliarden Rubel in den Staatskassen der Republik abgeliefert werden können, da viele Bücher Gold enthalten. Das laut Erlass der Regierung und Volksbeauftragten der Beschlagnahme verfallen ist.

Albert Thomas und die Delegation nach Stockholm.

Albert Thomas teilt in der „Humanité“ mit, die französische Regierung habe die Absicht gehabt, ihn allein in amtlichem Austrage nach Stockholm und Petersburg zu schicken; er habe das Angebot abgelehnt, aber die Notwendigkeit, eine sozialistische Gesandtschaft nach Petersburg zu senden, bleibe bestehen. Die Vergrößerung der Pässe nach Petersburg nennt Albert Thomas eine sehr ernste und gefährliche Entscheidung.

Der Zwist mit der Ukraine.

Petersburg, 3. Januar. Da die offiziellen Vertreter der ukrainischen Rada sich bereit erklärten, Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommisare, der die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennt, zu eröffnen, und damit die Rada ihrerseits den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit ihrer Anhänger anerkennt, wäre die Eröffnung von Verhandlungen mit ihr absolut wünschenswert. Es wird dabei berücksichtigt, daß der Rat der Volkskommisare das Recht aller Nationen, einschließlich der ukrainischen, auf staatliche Unabhängigkeit unbedingt anerkennt. Jeder Versuch, einen Krieg mit der Rada zu vermeiden, muß gemacht werden wenn die Rada den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit Kaledins anerkennt und den Krieg gegen ihn nicht verhindert. Der Rat der Volkskommisare spricht die Überzeugung aus, daß die ukrainische Rada Bedingungen schaffen wird, die jeden Zusammenstoß zwischen den Brüdervölkern unmöglich machen werden. Der Rat der Volkskommisare hält es für angebracht, regelrechte Beziehungen mit der Rada zu eröffnen, um alle Schwierigkeiten zu vermeiden, die durch die Politik der Rada mit Bezug auf die allgemeine Front und die gegenrevolutionäre Erhebung Kaledins hervorgerufen wurden. Der Rat der Volkskommisare schlägt der Rada Verhandlungen vor über ein Abkommen gemäß den angegebenen Grundsätzen und bezeichnet als vordringlichsten Ort, um die Verhandlungen zu führen, die Städte Smolensk oder Witebsk.

Gegen Kaledin.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus London vom 4. Januar: Die Bolschewiki halten Charkow besetzt; aber Truppen des Generals Scharbatichew schließen die Stadt allmählich ein. Starke Truppen der Bolschewiki werden bei Waroneich zusammengezogen und bereiten einen Anmarsch auf Kaledin vor. Die Bolschewiki die mit der Eisenbahn von der kaukasischen Front kamen wurden bei Rostow und Kostow durch Kaledins Truppen entzweit.

Der Seekrieg.

Neue Unterseeboots-Erfolge.

W.B. Berlin, 5. Januar. (Amtlich.) Kühnes Draufgehen an erer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr traug unseren Feinden wiederum den Verlust von 22 000 Brutto-Register-Tonnen ein. Drei große Dampfer fielen den Torpedos im Armeelkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein viel beladener, östwärts neuere großer Tankdampfer. Er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Volvaris“, 3146 Tonnen, festgestellt werden. Das Schiff war mit wertvoller Energie- und Phosphorladung nach England bestimmt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein amerikanischer Patrouillendampfer versenkt.

Nach einer Pariser Havasmeldung wird aus Washington berichtet: Das Marineministerium teilt mit, daß ein kleiner amerikanischer Patrouillendampfer im Atlantischen Ozean versenkt wurde.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Jan. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausflug.

Im Stellungsbogen östlich von Ypern und in einzelnen Abschnitten zwischen den von Urras und Peronne auf Cambrai führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittag heftige Artilleriekämpfe. Auch zwischen der Lette und der Aisne beiderseits von Ornes und auf dem Westufer der Mosele war das Artillerie- und Minenseuer gesteigert.

Die Kampfkraft der Infanterie blieb auf Erfordernissen im Vorfeld der Stellungen beschränkt.

Wöchlicher Kriegsausflug.

Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutsch-englischer Gefangenenaustausch.

Im Auswärtigen Amt im Haag fand durch den deutschen und britischen Geandten und die Direktoren der Dampfschiffahrtsgesellschaften Rotterdam Lloyd und Zeeland die Unterzeichnung von Kontrakten betreffend den Ueberseetransport von britischen und deutschen Kriegsgefangenen statt. Nach Vorbereitung durch die niederländische Regierung ist Uebereinstimmung erreicht worden über die Anweisung des Hafens von Boston am Wash als englischen Endpunkt der Ueberfahrt, während auf Verlangen der niederländischen Regierung andererseits Rotterdam als Ausgangshafen bestimmt wurde. Weiter wurde Uebereinstimmung erzielt betreffend die Bezeichnung einer festen Linie für die Transportschiffe und einer stärkeren Beleuchtung und Betonung eines Teiles der englischen Küste. Einige Dampfschiffe werden aufgestellt werden, welche ihr Licht scheinen lassen sobald die Transportschiffe drahtlos darum ersuchen. Die britische Admiralität sendet Lotsen, welche sich ununterbrochen an Bord der Schiffe befinden werden. Das niederländische Rote Kreuz leistet auf Wunsch der niederländischen Regierung Mitwirkung bei der Verpflegung an Bord. Die beiden Uebersee-Reisen des Dampfers „Sindora“ (Rotterdam Lloyd), „Zeeland“ und „Koningin Regentes“ (Zeeland) zum Kriegsgefangenen-Transport zwischen den Niederlanden und England voraussichtlich während vier Monate zur Verfügung. Diese werden insgesamt jedesmal 850 Kriegsgefangene und 40 Ärzte und Pflegerinnen befördern können. Es wird beabsichtigt, in den ersten Tagen des Januar mit einem Transport von Engländern aus Rotterdam abzufahren. Die Dampfer werden während der Ueberfahrt beieinander bleiben und die niederländische sowie die Flagge des Roten Kreuzes führen müssen.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 7. Januar.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks findet am Mittwoch abend 8 Uhr statt.

Der Zwischenfall in den deutsch-russischen Friedensverhandlungen erfüllt die vaterlandspatriotischen Alldutschen und die unentwegten Eroberungspolitiker in den feindlichen Ländern gleichermaßen mit Freude. Ihnen gemeinsam ist nämlich die Abneigung gegen einen Frieden der Verständigung, der nicht auf Gewalt, sondern in erster Linie auf dem Recht der Völker aufgebaut ist. Sehr interessant ist es nun, zu beachten, wie die Alldutschen jetzt bemüht sind, die Regierung auf dieser Seite zu ziehen und sie deshalb für ihre Haltung loben, nachdem sie noch kurz vorher in allen Tonarten über sie schimpften, weil Czernin in Brsch-Litowsk feierlich erklärt hatte:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgeprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen. Die Delegationen der Verbündeten sind in Uebereinstimmung mit dem wiederholt fundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Zeitläufe des russischen Vorkrieges eine distinkte Grundlage für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen und ohne Kriegsentwöhnung einverstanden.“

An diese Kundgebung muß erinnert werden, wenn man die ganze Lächerlichkeit und Bosheit ermessen will, die in der Verkündigung des hiesigen alldutsch-vaterlandspatriotischen Amtshatters liegt, welches sagt: „die Sozialdemokratie besorge in ihrem Ueberreifer die Geschäfte unserer Feinde“, weil sie verlangt, daß diese Regierungserklärung ehrlich und ohne Nebenabsichten als Richtschnur und als Grundlage der Friedensverhandlungen dienen soll. Gerade Zweideutigkeiten sind die Blüten, aus welchen die feindlichen Stemen nicht weniger Honig saugen als aus den Eroberungsphantasien der Alldutschen.

Für weitgehende Eroberungsziele tritt jetzt auch das „unpolitische“ Organ der hiesigen Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, die „Lübeckischen Blätter“, in einem lauen Artikel seiner letzten Ausgabe ein, der „Rückblick und Ausblick“ überschrieben ist. Darin heißt es:

„Wir das Deutsche Reich in einen lahen Frieden über Verkündigung“, d. h. der diplomatischen Ueberdöpelung des militärischen Siegers, um die natürlichen Früchte seiner Leistungen und Opfer gebracht — verkennen wir nicht, daß die Gefahr trotz aller Ableugnungsversuche deutscher politischer Führer eben wegen der Geschäftlichkeit der feindlichen Politiker sehr groß ist —, werden deutscher Handel und deutsche Weltgeltung allen hundertfachen Friedenszulagen, allen beschworenen Eiden zum Trotz durch Wirtschaftsverfände unserer Feinde nach dem Kriege verelendet und unsere militärische Grenze nicht besser als vor dem Kriege, so droht auch unserer blühenden Handelsstadt und ihrem Wirtschaftsleben der Niedergang. Hanfische und Lübeckische Politik ist es daher, im kommenden Jahre nicht nur warnend, sondern mit aller Kraft des Selbsterhaltungstriebes fördernd auf die Friedensverhandlungen einzuwirken, wenn etwa die Gefahr ungünstiger Friedensabsichten näherücken sollte.“

Aus diesen verschwommenen Sätzen spricht der fattam bekannte alldutsche Geist, der in jedem Verständigungsfrieden eine Gefahr ungünstiger Friedensabsichten sieht und deshalb den Krieg bis auf's Äußerste predigt, der weitere ungeheure Opfer erfordert. Dann heißt es weiter in dem erwähnten Artikel:

„Gibt es in unserer Vaterstadt auch nur einen, der den Gedanken in sich trägt, Riga und das Baltikum könne nicht deutsch werden? Wo ist der Vertreter deutscher Macht und Stärke, der es wagen könnte, diese Lande einem gebrochenen Reich zu lassen? Dort liegen Harde Wurzeln deutscher Kraft, die nicht verdorren dürfen, soll Deutschland in Zukunft...

Wenn man das liest, muß man sich nur wundern, daß Deutschland vor dem Kriege geblieben konnte und zu hoher Blüte kam, als Riga und die baltischen Provinzen unter der Herrschaft des Blutzaren standen, der gerade von vielen Alldutschen bewundert wurde.

Den Eroberungsplänen auf der einen Seite steht die Abneigung gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller auf der anderen Seite gegenüber. Für den Verfasser des „Rückblicks und Ausblicks“ ist nach eigener Angabe das Streben nach Demokratisierung ein „heeres Schlagwort“, vor dem er mit einem Hinweis auf Amerika grinsen machen will.

„Gefährlich für das Ganze wird stets ein Uebermaß der Forderungen. Nach dem, was von allen Deutschen, hoch und niedrig, in diesem Kriege geleistet ist, muß jedem Staatsbürger auch das Recht der Anteilnahme an der Leitung des Ganzen zugestanden werden, — mit der Bedingung, daß diese Anteilnahme sich dem bewährten und geschäftlich gewordenen Rahmen der Staatsorganisation einfügt. Wie für das ganze Deutsche Reich wird auch für unser sicherlich demokratisches Lübeckes Staatswesen die Zeit nach dem Kriege eine Umformung bringen, des sind wir sicher. Aber diese Entwürfe schon während des Krieges und in überstürzter Weise zu schaffen, ist ein gefährliches Experiment, von dem unser Staatswesen besser verschont bleibt.“

Bekanntlich hat unser „sicherlich demokratisches Staatswesen“ ein Wahlrecht, welches die bestehenden Kreise fast benachteiligt und die schaffende Bevölkerung zur Einflußlosigkeit verdammt. Sehen die „Lübeckischen Blätter“, die oft das Sprachrohr unserer regierenden Kräfte sind, es als ein „Uebermaß der Forderungen“ an, wenn an Stelle von Vorseheren und Entwürfen das gleiche Recht für alle verlangt wird? Und weshalb soll es ein gefährliches Experiment sein, schon während des Krieges ein begangenes Unrecht zu bestricken, zumal schon seit vielen Monaten eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft mit dieser Aufgabe betraut ist?

Die ganze Tendenz des Artikels der „Lübeckischen Blätter“ ist deutlich. Sie steht im schroffen Widerspruch zu den Anschauungen der breiten Volksschichten.

Die Zulagen an Empfänger von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten.

Amlich wird mitgeteilt: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 4. Januar über die Gewährung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente aus der Invalidenversicherung Beschluß gefaßt.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist folgender: Bei aus der Arbeiterversicherung eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also auf der Post eine Rentenquittung mit dem Buchstaben J (hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorgelegt muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK (grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom 1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark. Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine Zulage.

Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er keine Rente bezieht, durch die Post ausbezahlt. Der Empfänger muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen, die er bei der Stelle, die ihm die Bezeichnungen auf der Rentenquittung verteilt, erhalten kann. Auch die Postanstalt wird Quittungsmuster bereitstellen.

Die Beglaubigung der von dem berechtigten Empfänger ausgestellten und unterschriebenen Quittungen geschieht in einfacher Weise durch Aufdrücken eines öffentlichen Siegels.

Die Zulage ist gleichzeitig mit der Rente zu erheben; die Zulage kann aber auch nachträglich gezahlt werden, jedoch werden nach dem 30. Juni 1919 gestellte Anträge auf Zahlung der Zulage für Monate des Jahres 1918 nicht mehr berücksichtigt.

Die Zulage wird nur für volle Monate gezahlt. Beizum Beispiel die Rente am 3. April 1918, so beginnt die Zahlung der Zulage erst mit dem 1. Mai 1918. Ist dagegen ein berechtigter Rentenempfänger am 2. März 1918 gestorben, so erhalten die Hinterbliebenen, denen die Rente des Verstorbenen ausgezahlt wird, die Zulage für den Monat März im vollen Betrage.

Vorläufig ist die Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres 1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht genommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten auch nach dem 31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in etwas geringerer Höhe, von den gegebenden Körperschaften bereitgestellt werden.

Für die Empfänger einer Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie die der Invalidenrentenempfänger beschränkt ist, wird demnächst eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen werden.“

Diese Zulagen sind so mäßig, daß sie die Not der kleinen Rentenempfänger nicht mildern können. Hoffentlich sorgt der Reichstag schnell für eine ausreichende Erhöhung.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 1080 (1159), die der Besucher auf 1212 (1281). Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 100 Personen. Mitin sind im Dezember 980 neue Fälle bearbeitet. Auskünfte wurden erteilt 1149 (1251), darunter nach auswärts schriftlich 50 (41). Von den Besuchern waren organisiert 586 (681) Personen, und zwar gewerkschaftlich 379, politisch 33, gemeinschaftlich und politisch 174. Unter den verbleibenden 626 Nichtorganisierten befinden sich 457 Angehörige von Organisierten und 11 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 490 (442) männlich, 721 (834) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1107 (1180); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 104 (96); Organisationsunfähige 1 (5). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 887 (981) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 135 (128), Oldenburg 72 (89), Meddersburg 41 (37), Breußen 35 (24) und Jomtow 42 (22). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 168 (200), Privatversicherung 13 (8), Handels- und Gewerbesachen 2 (2), Zivildienst 27 (8), Verschiedenes 20 (34). Von den Auskünften machten 310 (299) die Anfertigung von 373 (374) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 13 (7) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 209 (210) Postbindungen. Der 10. Dezember zählte mit 67 (81) die höchste, der 22. Dezember mit 29 (31) die niedrigste Besucherzahl.

„Heiliges Drei Könige“. Seit alter Zeit gilt der 6. Januar in der christlichen Kirche als Tag der „Ercheinung des Herrn“. Zum ersten Male wird dieser Tag im zweiten Jahrhundert von Clemens von Alexandria erwähnt, der sagt, daß die orthodoxen Christen ihn als Geburtsstag Jesu betrachten, die Basilidianer aber den 10. Januar dafür angesehen haben. Als Festtag scheint der 6. Januar erst später gefeiert worden zu sein, da ihn Origenes noch nicht als solchen anführt. Sein Name Epiphania (Erscheinungsfest) weist auf den Orient, denn bei den Griechen hieß er Epiphania oder Epiphantos, eine Bezeichnung, die dann auch die Lateiner übernahmen, während ihn die Spanier denho, d. h. die Götter nannten. Der 6. Januar ist keineswegs, wie viele meinen, nur ein Erinnerungstag an die heiligen drei Könige, die Belshazzar oder Magier aus dem Morgenlande, sondern hat die Bedeutung eines Kollektivfestes (zusammenfassendes Festes), in dem die Erscheinung des Gotteslohnes ganz allgemein zum Ausdruck kommen soll. Er ist ein Fest der Freude und der Dankbarkeit, das die...

bedeutung an die menschliche Geburt Jesu, an die Huldigung der Weisen, die durch ihre Geschenke in Jesus die Gottheit verehrten, in die Taufe Jesu im Jordan mit ihrer Theophanie (Gotteserscheinung) und an die seine göttliche Macht offenbarenden Wunder, insbesondere an das erste, die Hochzeit zu Kana. Als Geburtstag Jesu verlor der 6. Januar seine Bedeutung, nachdem im Jahre 379 der 25. Dezember von Gregor von Nazianz in Konstantinopel zum ersten Male als Geburtsstag Jesu gefeiert worden war. Dagegen behielt er seinen Charakter als Erinnerungstag an die Ankunft der Magier, die die spätere Legende zu Königen machte, bis auf den heutigen Tag. Der dreifache Sinn der Epiphanie: die Taufe im Jordan, die Ankunft der Weisen und die Hochzeit zu Kana, wird daher auch jetzt noch in der römischen Liturgie anerkannt. Ueber das Alter des Epiphaniensfestes läßt sich so viel sagen, daß es außer Clemens von Alexandria und Origenes auch Tertullian noch nicht als solches kennt, daß es aber schon 304 in Thracien, 361 in Gallien und 380 in Spanien gefeiert wurde, ja durch das Testamentum Jesu Christi nach Kellner schon für die erste Hälfte des 3. Jahrhunderts als verbürgt anzusehen ist.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 16. bis zum 22. Dezember in den einzelnen deutschen Städten im Vergleich mit der Vorwoche verschiedenes entwickelt. In vielen besonders kleinen Städten ist die Sterblichkeit etwas zurückgegangen. In anderen vor allem großen Städten hat sie dagegen zugenommen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Orten mit mindestens 75 000 Einwohnern ohne Ortsfremde in Aachen 17,8, Altona 16,4, Augsburg 15,2, Berlin 8,0, Berlin-Lichtenberg 13,1, Berlin-Steglitz 8,1, Berlin-Wilmersdorf 5,7, Reuthen 14,1, Bielefeld 7,9, Bismarck 13,8, Braunschweig 15,1, Bremen 14,9, Breslau 18,5, Buer 12,8, Cassel 10,7, Charlottenburg 14,9, Chemnitz 14,4, Köln 16,7, Crefeld 11,9, Danzig 13,3, Darmstadt 14,2, Dortmund 13,5, Dresden 18,3, Elberfeld 14,0, Garmisch 14,1, Gießen 5,6, Gelsenkirchen 16,6, Hagen 12,9, Halle 12,9, Hamburg 13,5, Hannover 15,3, Kiel 5,0, Königberg 15,5, Königsbrunn 14,0, Leipzig 13,1, Linden 9,1, Ludwigshafen 11,4, Mainz 5,5, Metz 12,5, Mülhausen 14,9, Münster 15,1, Neudorf 6,5, Nürnberg 13,7, Oberhausen 19,4, Osnabrück 15,1, Ostfriesland 13,0, Pflaun 9,4, Remscheid 8,4, Saarbrücken 9,8, Spandau 15,2, Stettin 12,5, Straßburg 14,8, Stuttgart 13,7, Wiesbaden 22,4. Mit den Fremden betrug sie ferner im ganzen in Barmen 8,7, Berlin-Schöneberg 15,8, Düsseldorf 11,3, Frankfurt a. M. 9,3, Lübeck 14,7, Würzburg 17,5.

Im Sanitätstheater spielte gestern in neuer Einstudierung die bekannte Operette „Der Turban“ frühere Aufstellungen. Unter Baumgartens Spielleitung, der ein „famoses „Blaukehlchen“ auf die Bretter stellte, machten sich vornehmlich das junge Fräulein Rogall, Frau Körner, Frä. Lieblich und die Herren Hörsen, Ehrhardt, Wöhlen und Schubert um die Aufführung verdient. In letzterem hat die Direktion einen wirklich ausgezeichneten Komiker für das Ensemble gefunden, der die Lächer, die der Abgang Filders-Wagens hinterlassen, wieder ausgleicht. Eine ziemlich Anzahl Deutschen des ausverkauften Hauses wollten sich später tollieren.

Die „Karte von Flandern“. Mit diesem geschichtlichen Roman des holländischen Dichters A. C. beginnt der neue Jahrgang der illustrierten Monatschrift „In freien Stunden“.

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die juristischen Kämpfe im Kriege der Gegenwart sieht. Es köpft das Schicksal dieses Bodens, wieder und wieder mit dem Blut getränkt zu werden. Zahlreiche heutige Kämpfe, die vor allem um die Freiheit der Namen gingen, sind hier ausgeführt worden, und von einem dieser Kämpfe, die das tragische Geschick der „Karte“ gegen seine Bestrebungen für sich handelt der Roman. Unter der Hand des Dichters wird die Vergangenheit lebendig; in spannenden, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, die freigeistigen „Kerfimen“, die lieber sterben, als sich dem Gegner unterwerfen. Die reichhaltige Handlung des Romans spielt an sehr verschiedenen Orten; seine geschichtliche Tendenz und historische Wahrheit haben ihm ein hohes Interesse. Die Bilder seiner Dichtung Josef Danbergers in München.

Neben dem Hauptroman gelangt zunächst zum Vorschein: „Das Mädchen vom Moorhof“. Erzählung von Selma Lagerlöf. Uebersetzt von Marie Perle. Es ist die Geschichte eines armen, verarmten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes von einem kleinen Reichthum verlor und in der Folge Beweise letzterer Seelengröße gibt. Hochherzigkeit und Adel des Gemüths sind nicht immer bei denen, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln — das sagt uns diese prächtige Novelle der berühmten schwedischen Dichterin, in der ihre große Kunst uns verklärte Armut zeigt. — Weitere Erzählungen schließen sich an.

Außer den Haupterzählungen bringt jedes Heft in reicher Abwechslung illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten; daneben Scherz, Rätsel und für die Frauen: Aus Haus und Küche.

„In freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt jede Partei-Buchhandlung oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen. Wir empfehlen unseren Lesern, die Zeitschrift zu abonnieren.

Travemünde. Die öffentliche Volksversammlung, die am Sonntag nachmittag im Saale des „Koloheum“ stattfand, war recht gut besucht. Genosse Bromme sprach über den Verständigungsfrieden, Demokratisierung, Lebensmittelsteuerung und Vaterlandspartei. Die Versammlung folgten ersichtlich mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten, die mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurden. Am Schluß gelang es, eine Anzahl neue Parteimitglieder und neue Leser des „Volksboten“ zu werben.

Altona. Für 70 000 Mark wolle Unterwäsche gestohlen. Am 31. Dezember wurden auf dem Ottensener Güterbahnhof aus einem zerbrochenen Eisenbahnwagen sieben M. B. S. gezeichnete Küten gestohlen, die für das Bahnenfelder Bekleidungsamt bestimmte wolle Unterwäsche im Werte von 70 000 Mark enthielten. Es ist festgestellt worden, daß die Küten am Nachmittag jenes Tages mit einem mit zwei Pferden bespannten Rollwagen fortgeschafft wurden, der von einem Feldwebel und mehreren Leuten in Uniform begleitet war, und daß die Küten abends unter der Angabe, daß der Transport wegen Glätte unmöglich sei, in eine Wirtschafft am Neuentkamp eingekesselt worden waren. Am 3. Januar sind dann die Küten wieder von einem Feldwebel und mehreren Leuten, die aber diesmal Zivilkleidung trugen, auf einem Rollwagen fortgeschafft, der sich in der Richtung nach Elmshorn entfiel.

Schleswig. Beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Der 15jährige Karl Schürk aus Rürup, ältester Lehrling im Porzellanwarengeschäft der Herren Roggenbauer u. Möller, war abends nach Geschäftsschluß noch auf die Eisbahn gegangen, um etwas Schlittschuh zu laufen. In der Dunkelheit ist er dann in eine offene Stelle neben der Schiffsbrücke gekommen und ertrunken. Er muß wohl gleich unter das Eis geraten sein, denn die auf einen kurzen Hilferuf herbeieilenden Personen, die noch auf dem Eise waren, konnten nicht mehr helfen.

Rostock. Zwei Fischer ertrunken. Die Fischer Barrels und Sah aus dem benachbarten Böggerende waren abends mit ihrem Boot zum Heben der Netze in See gefahren. Wahrscheinlich ist dabei das Boot gesteuert, da zu der Zeit eine lebhaftere See herrschte, und die beiden Männer sind ertrunken. Beide waren Familienmänner.

Bremen. Die „Mejer-Zeitung“ ist mit dem 1. Januar aus dem Schünemannschen Besitz in den der neu gegründeten Bremer Zeitungsverlags-Gesellschaft übergegangen. Der alte Verlag der „Mejer-Zeitung“ veräußerte am Sonntag eine Erklärung, aus der unmissverständlich hervorgeht, daß die Käufer — ehrbare Bremer Kaufleute — Herrn Schünemann wichtige Tatsachen verheimlichen haben, bei deren Kenntnis er vielleicht nicht auf das „Geldstück“ eingegangen wäre. Der Verlag wurde nämlich von dem demselben bekannten Kaufmann aus Bismarck vor die Wahl gestellt, entweder sich an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu beteiligen und die erheblich auszubehende „Mejer-Zeitung“ der wirtschaftspolitischen Kontrolle einer Kommission zu unterstellen, oder durch eine neu zu gründende große politische Zeitung Konkurrenz zu bekommen. Deshalb entschied sich der Verlag, die „Mejer-Zeitung“ abzugeben, wobei er nach der ganzen Sachlage in gutem Glauben war, daß das Blatt als allseitiges Verlagsunternehmen der neuen Gesellschaft den Interessen von Bremens Handel und Schiffahrt dienen sollte. Die verhandelte Kommission der Kaufleute hat der neugegründeten Bremer Zeitungsverlags-Gesellschaft ihre erworbenen Rechte übertragen und diese Gesellschaft hat dann gleichzeitig das „Bremer Tageblatt“

und später das Haus, in welchem dieses zur Miete untergebracht war, erworben und an die Spitze ihres Unternehmens die Herren Berufen, die im Aufsichtsrat in der Geschäftsführung und in der Schriftleitung des „Bremer Tageblattes“ die Führung in Händen gehabt haben. — Es waren also ehrbare Bremer Kaufleute, die sich in der Rolle der Käufer gefielen, während Herr Schünemann der Getäuschte war.

Bremervörde. Landrat und Kreisblatt. Der Landrat des Kreises Bremervörde hat der „Bremervörder Zeitung“ die amtlichen Anzeigen entzogen, weil das Blatt sich nicht der landrätlichen Zensur unterwerfen wollte. Jetzt rächt sich das Blatt durch folgende Notiz in der Nummer vom 1. Januar, indem es schreibt: „Wenn wir herüberzögen, daß alle Lebensmittel rationiert, das heißt, auf Karten abgegeben werden und so berechnet sind, daß nichts von ihnen zurückgelegt werden kann, dann muß es einen wundern, daß ganz erhebliche Mengen Lebensmittel dem Geschäftsführer der heiligen Lebensmittelstelle an den Landrat des hiesigen Kreises, Herrn Grubitz, geliefert worden sind. Wir wollen uns nur mit der Feststellung begnügen, was alles geliefert ist: 10 bis 15 Pfund Fleisch, 20 bis 25 Pfund Erbsen, 5 bis 10 Pfund Grieß, 24 Büchsen mit Reis, 12 Pakete Malztafel, 48 Pakete Henkels Seifenpulver (R. A.), 12 Pakete mit Bouillonwürfeln und 12 Pakete Streichhölzer. Die Lieferung erfolgte am 13. Dezember 1917.“ — Demnach hätte der Herr Landrat ganz nett gehandelt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. Januar. (Mitteil.) 1. Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Biombone wirkungsvoll beschossen.

2. Schneidigem U-Boot-Angriff sind im westlichen Mittelmeer wiederum 8 Dampfer und 2 Segler mit rund 36 000 Netto-Registertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhrn sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen gründlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Falle aus einem Geleitzuge in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug versenkt und aus einem weiteren Geleitzug von 3 Schiffen durch Doppelschuß 2 Dampfer versenkt wurden.

Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befinden sich die italienischen Dampfer „Attualita“ (4791 Brutto-Registertonnen) und „Monte Bianco“ (6968 Brutto-Registertonnen). Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner „Cialie“, hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie am Kap San Bilo (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das U-Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 6. Januar. Zum Bürgerkrieg meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: In verschiedenen Gouvernements wurden Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tomsker und Gardemangener Sowjets-Gebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Lösungsversuche waren vergebens. In Schara fand eine Explosion im Rathaus statt, wo der Sowjettag 7 Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

Verantwortlich für die Abdruck: Max Ebel und den Nachbargebieten und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Dr. G. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Einmal in 24 St.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Lebensmittelkarten an Militärpersonen.

Um solchen Militärpersonen, die sich selbst versorgen oder als Arbeitskräfte länger als vier Wochen in Arbeit einmündig sind, den Bezug der ihnen zugehörigen Lebensmittelkarten von einem der zugelassenen Kleinhandler nach eigener Wahl zu ermöglichen, wird das Polizeiamt für die Versorgungsperiode vom 21. Januar bis 17. März 1918 auch an solche Personen, die der einzelnen Lebensmittelkarten Lebensmittelkarten mit entsprechenden Gültigkeitsdauer ausgeben.

Die Ausgabe dieser Karte an die verschiedenen Kategorien — Offiziere, Militärbeamte und -Küchen, Dienstbeschäftigte und Arbeitskräfte — erfolgt vom

Dienstag, dem 8. Januar 1918 bis Freitag, dem 11. Januar 1918

in der Angelegenheit für Lebensmittelkarten, Reichstraße 66. An den jeweiligen zugelassenen Kleinhandlern können Lebensmittelkarten an Militärpersonen nicht ausgeben werden.

Nach dem 11. Januar 1918 können nur noch einzelne Lebensmittelkarten zur Ausgabe gelangen.

Für die Anmeldung des Bezugsrechtes bei einem zugelassenen Kleinhandler sind die Bestimmungen der Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 3. Januar 1918 maßgebend.

Brem., den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

über die Sammlung von Küchenabfällen.

Nach Bekanntmachung vom 29. Oktober 1914 sind die Hausbesitzer verpflichtet, deren es betrifft, das alle als Viehhüter verwertbaren Küchenabfälle, insbesondere Knochen, Häute und Gewürze, von dem übrigen Hausmüll getrennt gesammelt und zur Verwertung bereit gehalten werden. Jede Verunreinigung dieser Abfälle durch andere Hausmüll, wie Schmutz, Erde, Papier usw. ist streng untersagt.

Sammelbehälter werden in derselben Weise bereit, wie Nebenräume der Reinigung über die Straße zum Scheitern und unter der Aufsicht der Behörde vom 22. März 1901.

Die weitere Veranordnung bringt das Polizeiamt diese Bekanntmachung. Die Bestimmungen der Bekanntmachung sind im Interesse des Polizeiamtes durch die Kleinhandler zu befolgen.

Brem., den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Brotartenausgabe.

Die Brotartenausgabe in breiter Reize (Mehlsack-Cassette) wird fortgesetzt in der Dom-Rathshaus, Reichstraße 66, in einem Teile des Schulhauses der Oberstraße zum Dom, Eingang Domstraße Nr. 3.

Brem., den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Auf die nachstehenden Karten kann Petroleum abgegeben und entnommen werden:

- 1. bis zum 15. Januar 1918:
 - auf Abchnitt 6 der weißen Karten 4 Liter
 - rotten 2
 - blauen 1
 - grünen 1
- 2. vom 16. bis 31. Januar 1918:
 - auf Abchnitt 6 der weißen Karten 3 Liter
 - rotten 2
 - blauen 1
 - grünen 1

Brem., den 3. Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Zur Erleichterung des Neujaahrverkehrs verzinsen wir die bis zum 10. Januar eingezahlten Spareinlagen schon vom 1. Januar ab.

Vorspar- und Spar-Vereins-Bank.

Hugo Brahmstedt
August Brahmstedt
Paul Brahmstedt, 1. St.
im Hause, 11. Fra
mit alle Familien und
Bekannt.

Max Wolff
am 2. Weihnachtsfest im
Hause durch einen Granat-
schuß dem Weltkriege zum
Opfer gefallen ist. Auf-
schießte von einem ver-
unglückten Soldaten u.
Geheimere.

Unterricht im Englischen
wird im Hause erteilt. Stunde
12-13 Uhr. Unterricht im
Hause, 11. Fra.

Feldpostartenbriefe

sind wieder vorrätig.

Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Zu kaufen gesucht (75)
Hausstandsstumpen, Knochen,
Eisen, Papier, Zeitungen,
zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waienhofstr. 25.
Telephon 2430.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Eich. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Sozialistische Dokumente
des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der
organisierten Arbeiter aller Länder
zum Weltkrieg, mit kurzen ge-
schichtlichen und weltpolitischen
Einleitungen.
I. Heft: Politik und Krieg —
Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Montag, den 7. Januar
abends 7 Uhr: (85)
Verheiratete Junggesellen

Verein der Musikfreunde.
10. volkstüml. Konzert
Montag, den 14. Januar
abends 7 1/2 Uhr, im Stadttheater.
Leitung: Dr. Georg Kälar.
Solist: Jani Szántó.

Stadttheater.
Dienstag, den 8. Januar 1918:
Neuheit! Neuheit!
Meine Frau, die
Hofschauspielerin.

Werke von Bruch (u. a. Violin-
konzert G-moll), Reinecke,
Bizet, Rubinstein, Gounod,
Tchaikowsky, Waldteufel.

Mittwoch, d. 9. Januar 1918:
Die Csardasfürstin.
Donnerstag, d. 10. Jan. 1918:
Der Troubadour.
Anfang der Vorstellungen
7 Uhr.

Die Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten.

III.

Allgemein ist das Wahlrecht nirgends, der Kreis der Wahlberechtigten unterliegt überall gewissen Einschränkungen. Über innerhalb dieses Kreises besteht ein gleiches Wahlrecht in Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen (hier mit der Einschränkung, daß jeder über 50 Jahre alte Wähler eine Zusatzstimme erhält), in Sachsen, Coburg und Gotha und in Württemberg.

Ein Pluralwahlrecht besteht seit 1909 in Oldenburg, wo jeder Wähler mit dem 40. Lebensjahre eine zweite Stimme hat und seit 1909 in Sachsen, wo die Wähler bis zu 4 Stimmen haben können. Hier hat drei Stimmen, wer über 1600 Mark Einkommen hat oder aus öffentlichem Amte oder dauernder Anstellung 1400 Mark bezieht, wer zur Gewerbetätigkeit oder zum Landeskulturrat wählen darf und aus dem Betriebe über 1400 Mark bezieht, ferner Grundbesitzer, auf deren Besitz mindestens 100 Steuer-einheiten haben, sofern sie über 1350 Mark Einkommen haben. Grundbesitz über 2 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau, oder 1/2 Hektar für Gärtnerei und Weinbau, sowie Ein-jährig-Freiwillige. 3 Stimmen werden gewährt bei einem Einkommen über 2200 Mark bzw. bei einem dienstlichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 1900 Mark, bei Grundbesitz über 150 Steuer-einheiten bei Gesamteinkommen über 1600 Mark, bei Grundbesitz von über 4 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder 1 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. 4 Stimmen werden gewährt bei Einkommen von über 2800 Mark, bei einem dienstlichen, gewerblichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Einkommen über 2500 Mark, bei Grundbesitz über 200 Steuer-einheiten bei Gesamteinkommen über 2200 Mark, ferner bei Grundbesitz über 8 Hektar für Land- und Forstwirtschaft oder Obstbau oder über 2 Hektar für Gärtnerei oder Weinbau. Schließlich wird für das 50. Lebensjahr eine Altersstimme gewährt.

In Preußen I. L. haben die Höchstbesteuerten ein gleiches Wahlrecht, für die übrigen Wähler besteht ein Pluralwahlrecht und zwar sind vorhanden zwei Stimmen bei einem Einkommen über 1800 Mark, falls die Wähler im Fürstentum mindestens 5 Hektar Grundbesitz haben oder als selbständige Gewerbetreibende regelmäßig zwei oder mehr über 16 Jahre alten Hilfskräfte beschäftigen. 3 Stimmen haben Wahlberechtigte mit über 2400 Mark Einkommen. 4 Stimmen Wahlberechtigte mit mehr als 3000 Mark Einkommen. Eine Zusatzstimme erhält, wer am Tage der Wahl das 50. Lebensjahr vollendet hat, eine weitere Zusatzstimme, wer eine technische oder wissenschaftliche Vorbildung besitzt, die durch Ablegung der Abschlußprüfung an einer staatlich anerkannten Fachschule dargetan ist oder die zur Führung des Meistertitels oder zum Einjährigendienst berechtigt.

In anderen Bundesstaaten bestehen Klassenwahlrechte, die aber von einander sehr verschieden sind. Am nur einige Beispiele anzuführen, begegnen wir in Braunschweig einem Dreiklassenwahlrecht nach dem direkten Gemeindefiskus. Doch muß hier die erste Abteilung mindestens 5, die zweite mindestens 20 Proz. der Wähler umfassen. In Bremen sind die Wähler in 8 Klassen geteilt, von denen jede für sich wählt. Die Zahl der von den einzelnen Klassen zu wählenden Abgeordneten schwankt zwischen 4 und 52. In Lippe-Detmold sind die Wähler in drei Abteilungen geteilt, die je 7 Abgeordnete wählen. In Sachsen-Altenburg entfällt zunächst auf je 500 Wähler des Wahlbezirks ein Höchstbesteuertes. Diese Höchstbesteuerten wählen 9, die Vertreter der Städte 11 und die Vertreter des flachen Landes 12 Abgeordnete nach dem Dreiklassenwahlrecht unter Ausschaltung der Höchstbesteuerten. In Waldeck und Pyrmont besteht ein Dreiklassenwahlrecht. Besonders verwickelt ist seit der Reform von 1906 das Wahlverfahren in Hamburg, wo von den 80 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Mitgliedern der Bürgerschaft 8 vom Lande und 72 von der Stadt gewählt werden und zwar je 36 in zwei Wahlbezirken. In jedem Wahlbezirk sind den Wählern der Gruppe I, d. h. den Bürgern, die in den letzten drei Jahren mehr als durchschnittlich 2500 Mark versteuert haben, 24, den übrigen Bürgern 12 Sitze vorbehalten.

Im großen ganzen entscheidet wie beim Reichstagswahlrecht die absolute Mehrheit. Eine Ausnahme machen Lübeck, wo die relative Mehrheit entscheidet, und Baden, Bayern, Oldenburg und Württemberg, wo die relative Mehrheit bei Stichwahlen den Ausschlag gibt.

Anfänge des Proportionalwahlrechts begegnen wir in Württemberg, wo 6 Abgeordnete von Stuttgart und 2 der Landeswahlkreise nach Listen und Proportionalwahlrecht gewählt werden.

Die öffentliche Stimmabgabe ist nur vorgesehen in Waldeck und Pyrmont. Indirekt ist das Wahlverfahren in Sachsen, Coburg und Gotha, Schwarzburg-Sonderhausen, Waldeck und Pyrmont.

Hindenburg gegen das Wohnungselend.

Adolf Damacke, der Vertreter der Bodenreform und der Einrichtung von Kriegerheimstätten, hatte unlängst an Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff eine Reihe seiner Schriften zu letzterer Frage gesandt. Darauf hat er nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgende hochbedeutende Antwort erhalten:

„Die Arbeit des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten findet mein volles Verständnis.“

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wasserhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Nachwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Das will Ihre Bewegung, und deshalb werden die besten Wünsche aller derer mit Ihrer Arbeit sein, welche die Größe unserer Zeit erkannt haben und es ehrlich mit unseren Kriegern und unserem Volke meinen.

Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferen Truppen werden!

gez. v. Hindenburg.

In ähnlicher Weise hat sich auch General Ludendorff ausgesprochen:

„In den Ihnen überreichten Schriften scheinen mir folgende Punkte besonders bedeutsam:

1. Die Erinnerung an die Zeit nach 1871 — heimkehrende Landwehrmänner fanden sich mit ihren Familien verberbtlichem Wohnungselend, zum Teil sogar völliger Obdachlosigkeit preisgegeben — eine Erfahrung, die naturgemäß eine Quelle schwerster Enttäuschung und verhängnisvoller Verbitterung werden mußte. Eine solche Erfahrung darf ein Volk nur einmal machen. Diese ernste Lage müssen wir beachten, wenn wir vor dem Urteil der Geschichte bestehen sollen.

2. Der Hinweis auf die Not in der reicheren Familien, die es schon jetzt vielfach schwer haben, Wohnung zu erhalten, in denen ein gelundes und sittliches Familienleben möglich ist. Es ist nun zweifellos die entscheidende Frage für unsere ganze Zukunft, daß wir ein gelundes, wachsendes Volk und vor französischen Zuständen bewahrt bleiben. Kein Mittel aber scheint hier so sichere organisatorische Besserung zu verbürgen, wie die Ausbreitung von Heimstätten, die Raum und Luft und Licht für einen zahlreichen gelunden Volksnachwuchs bieten.

3. Die Heimstättenfrage ist nicht die Frage eines einzelnen Berufes oder Standes. Unsere Beamten, Arbeiter, Handwerker und Geschäftsleute — alle, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, haben das gleiche Lebensinteresse daran, daß dieser Ertrag nicht durch künstliche Verteuerung des väterländischen Bodens ihnen beeinträchtigt werde. Aber auch der Staat und die Unternehmer haben das gleiche Interesse, daß das, was sie zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgeben, ihnen auch wirklich zugute kommt. Viel Unzufriedenheit und viele wirtschaftliche Krämpfe, die unter Volk nach diesem Kriege noch schwerer denn je schädigen müßten, werden deshalb durch die Heimstättenbildung verhütet werden.

4. Das Wort des Herrn Oberbürgermeisters von Ulm, der aus erfolgreicher Praxis die Möglichkeit von Kriegerheimstätten bezeugt, wie Sie sie erstreben, das heißt von preiswerten Heimstätten, die dauernd vor jedem Mißbrauch geschützt werden und doch die persönliche Freiheit ihrer Bewohner nicht beeinträchtigen

Und so wünsche ich denn der Arbeit des Hauptauschusses für Kriegerheimstätten vollen Erfolg als würdigsten Dank für unsere Kameraden, die so viel geleistet und geopfert haben, zugleich aber auch als tiefste Kraftquelle für die Zukunft unseres geliebten deutschen Vaterlandes.

gez. Ludendorff.

Hindenburg hat sich ein besonderes Verdienst dadurch erworben, daß auch er die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese wichtige Frage lenkte. Dabei ist es besonders interessant, daß nicht wenige von denen, die sonst wegen des gleichgültigsten Hindenburg-Wortes entzückt tun, nun eifrig kühler zur Seite stehen. Was der Feldmarschall hier verlangt, ist von der Sozialdemokratie stets gefordert worden. In den Gemeinden hat sie immer wieder auf die ungeheure Wichtigkeit der Wohnungsfrage hingewiesen und zur sozialen Betätigung gerade auf diesem Gebiete gedrängt. Der Erfolg läßt mehr als alles zu wünschen übrig. Die sozialdemokratischen Stadträte werden nicht unterlassen, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Dabei wird sich dann praktisch erweisen, ob das Wort Hindenburgs bei der „Deutschen Vaterlandspartei“ oder bei der Sozialdemokratie mehr gilt.

Auch in Lübeck machen wir die Beobachtung, daß all die Zeitungen, die sonst Hindenburg-Worte groß und breit an die erste Seite stellen, diese notwendige Mahnung still verschwinden lassen! Wo es soziale Arbeit für die einfachen Krieger gilt, da — langt auf einmal das Papier nicht. Auch manches Lübecker Bürgerchaftsmitglied, das bei der Wohnungsfrage nur an die Sanierung der Hausbesitzer denkt, kann sich die Worte der beiden Heerführer — zweimal lesen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auch eine Arbeiterfrage.

Abg. Körsten hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Das königliche Landgericht in Berlin hat in einer Klage auf Schadenersatz wegen verweigerten Abhehrscheins das Urteil der 5. Kammer des Gewerbegerichts aufgehoben und die Klage abgewiesen, weil das Gewerbegericht für derartige Klagen sachlich unzuständig sei. Die Gründe sind folgende:

„Der Kläger fordert Schadenersatz wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung des Abhehrscheines, beruft sich damit also auf eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Ausstellung des Abhehrscheines. Nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 ist der Abhehrschein nur dann auszustellen, wenn das Beschäftigungsverhältnis eines Hilfsdienstpflichtigen aufgelöst wird. Voraussetzung für die Ausstellung des Abhehrscheines ist also nicht bloß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sondern vor allem die, daß ein Hilfsdienstpflichtiger aus dem Arbeitsverhältnis scheidet. Der Abhehrschein hat somit lediglich öffentlich-rechtliche Bedeutung und ist im Interesse des Staates eingeführt, damit dieser nach Möglichkeit alle verfügbaren Arbeitskräfte heranziehen und in kriegswichtigen Betrieben beschäftigen kann, gleichzeitig auch eine Kontrolle dafür hat, daß Hilfsdienstpflichtige sich dem Hilfsdienst nicht entziehen.“

Ohne den Abhehrschein wäre überhaupt der väterländische Hilfsdienst, wenigstens hinsichtlich der gewerblichen Arbeiter, praktisch nicht durchführbar gewesen.

Die Ausstellung des Abhehrscheines entpringt daher einer rein öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Arbeitgebers. Derselbe ist nicht auf Grund, sondern lediglich aus Anlaß eines Arbeitsverhältnisses zu erteilen.

Da die Verpflichtung zur Ausstellung des Abhehrscheines (sich) nur in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis steht, fallen Strafgewaltigkeiten, denen eine Verletzung dieser Pflicht zugrunde liegt, nicht unter Nr. 2 des § 4 G. G.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schäding.

41. Fortsetzung.

Er erhob sich, um eine neben der Flügelstür hängende Klingel zu ziehen; gleich darauf trat ein Kammerlakai ein, dem der Großherzog den Befehl erteilte, sofort Monsieur Ermanns herbeizuschaffen. „Und nun?“ wandte sich Murat an die kleine Dame, nachdem der Lakai verschwunden war.

„Nun könnte ich Eurer Hoheit eine lange, sehr lange Geschichte erzählen, wenn ich nicht befürchten müßte“

„Erzählen Sie immerhin — wenn diese Geschichte Sie betrifft, so ist ihr meine lebhafteste Teilnahme von vornherein gewonnen.“

„Nicht mich, und doch auch wieder mich“, versetzte die Gräfin mit einem schmerzlichen Lächeln. „Vielleicht ist Ihnen bekannt, Hoheit, daß ich mit meinem verstorbenen Gemahl eine Zeitlang am Hofe seines Verwandten, des Herzogs von Anglure, in Westfalen lebte. Nun wohl, an diesem Hofe mangelte es meinem Ranne durchaus an einer passenden Beschäftigung; der Herzog, statt einem so nahen Verwandten zu vertrauen, ihm einen Einblick in seine Verhältnisse, eine tätige Teilnahme an seinen Geschäften zu verschaffen, überließ ihn völlig sich selber, und diese schädliche Mißverfuhrte ihn dazu, Bekanntschaften anzuknüpfen, welche seiner nicht würdig waren. So machte er unter anderem einem jungen Mädchen in untergeordneter Dienststellung den Hof“

Murat nickte lächelnd.

„Wir kannten ihn von der Seite“, sagte er, „obwohl es ihm hier an Dienstgeschäften gar nicht fehlte!“

„Das junge Mädchen aber“, fuhr die Gräfin fort, „hatte ein eigentümliches Verhältnis zu einem verwegenen, in der ganzen Gegend gefürchteten Menschen. Diesen Menschen, der ein Schmeichler, Wilddies, Rabagund, was weiß ich alles, war, hatte das unglückliche Geschöpf eines Tages bei einem einsamen Gange durch den Wald schwerverwundet liegen gefunden; sie war ihm zu Hilfe gekommen, hatte kein ausströmendes Blut gefühlt, seine Wunde verbunden, ihn erquidat — kurz, der Schmeichler hatte annehmen dürfen, daß sie ihm das Leben gerettet, und von diesem Augenblicke an war sie der Gegenstand einer eigentümlichen Verehrung für denselben geworden, die sich zwar, wie es scheint, schon in der Ferne hielt, denn unter Menschen durfte der Verbrecher sich nicht sehen lassen; aber er muß nicht minder darum seine Schöne stets im Auge gehalten haben, und gewiß ist, daß er Mittel fand, sie fortwährend zu überwachen“

„Ich begreife“, fiel hier Murat ein, „dieser dankbare und eifersüchtige Sohn des Waldes nahm die Aufmerksamkeit übel, welche der Graf von Epaville seiner jungen Schönen widmete!“

die ich niemals genau unterrichtet worden bin, und mich auch nicht bestrebt habe, genaues Licht zu bekommen, denn, wie Sie denken können, mußte ich mich wenig geneigt fühlen, das ganze Verhältnis zu ergründen. Genug, der verwegene, von der Gerechtigkeit verfolgte Mensch drohte meinem Gatten, er werde ihn töten, wo er ihn finde!“

„Und er hat ihn gefunden, ihn ermordet?“

„Wir verließen kurz darauf jene Gegend, und die ganze Angelegenheit schwand mir fast aus dem Gedächtnis, bis ich vor wenig Augenblicken diesen Brief hier erhielt, den ich Eurer Hoheit zu legen bitte.“

Bei diesen Worten zog die Gräfin von Epaville den Brief hervor, den wir vorhin Richard von Hudarde an sie abenden sahen, und überreichte ihn dem Großherzog.

Der Großherzog überließ das Papier, da es jedoch mehrere enggeschriebene Seiten enthielt, so gab er es der Gräfin zurück und sagte: „Erzählen Sie mir lieber, was der Brief enthält, und da ich ja auch Ermanns — er kann sogleich durch Ihre Mitteilung sich unterrichten.“

Der Lakai hatte eben die Flügelstür geöffnet und auf einen Wind des Großherzogs ohne vorherige Anmeldung sofort den von Eile und Dienstleister geröteten Polizeibeamten eingelassen.

„Hören Sie zu, Ermanns“, sagte Murat, „die Gräfin hat einen Brief erhalten, welcher von Wichtigkeit für die Unternehmung ist!“

Die Gräfin erzählte, zumellen einen Blick in den Brief werfend und Stellen daraus lesend, alles das, was Richard von Hudarde ihr hier über den Inhalt der Erzählung mitteilte, welche der wandernde Spielmann ihm gemacht.

„Wenn das alles wahr ist, so wäre das Rätsel gelöst“, sagte der Großherzog, als sie zu Ende war.

„In der Tat, Hoheit, diese Angaben lauten, als wenn sie den Stempel der Wahrheit trügen!“ bemerkte Ermanns.

„Unteruchen Sie sofort die Sache“, fuhr Murat fort. „Nehmen Sie den Spielmann und senden Sie zuverlässige Leute aus, den sterbenden Deferleur aufzufinden, wenn er anders noch am Leben ist. Sie werden die Gräfin von Epaville heimgeleiten; auf dem Wege zu ihrer Wohnung wird die Gräfin die Güte haben, Ihnen den eigentlichen Schlüssel zur blühigen Tat des Deferleurs zu geben, wie sie mir eben im mittelste. Morgen früh, sobald Sie ein Ergebnis haben, berichten Sie mir!“

Und mit diesen Worten machte der Großherzog der Dame eine galante Verbeugung, die ihr andeutete, daß die Audienz zu Ende sei, verabschiedete Ermanns mit einem kleinen Nicken des Kopfes und verschwand durch die Tür, durch welche er gekommen war, um seine Spielgesellschaft wieder anzuknüpfen.

Monsieur Ermanns hat der Gräfin dienstbesessenen den Arm und beide verließen den Zügerhof, während Murat aufgeregt eilte, seinen Spielpartnern die neue Wendung mitzuteilen, welche die Angelegenheit genommen hatte, und ihnen von der Rolle zu

erzählen, die dabei derselbe seltsame Mensch gespielt, der soeben noch Gegenstand ihrer Unterhaltung gewesen.

Fünfundzwanztes Kapitel.

Monsieur Ermanns als Unterhändler.

Es war um die Mittagszeit des andern Tages, als bei der Gräfin Henriette von Epaville in ihrer Wohnung im Gasthof der Polizeibeamte eintrat.

„Nun, welche Nachrichten bringen Sie mir?“ sagte die kleine Gräfin, ihm in großer Spannung entgegenstellend, „ist der Mensch tot?“

„So ist es, Frau Gräfin“, antwortete Monsieur Ermanns. „Eben kommt der Brigadier, den ich nach ihm ausgesandt hatte, mit der Nachricht zurück, daß der Deferleur schon in der gestrigen Nacht gestorben ist. Der wandernde Russtän aber ist auf seine Aussagen heute morgen von mir eifrig vernommen worden, und über der ganzen Sache waltet jetzt kein Zweifel mehr. Nach allem, was Sie, Madame, mir gestern abend über eine aus einer früheren Begegnung zwischen Ihrem getöteten Gemahl und diesem Johannes Selte entstandene Feindschaft angegeben haben, muß die Unteruchung den Schluß ziehen, daß der letztere den Grafen aus eigenem Antriebe getötet hat. Die Angaben, welche Sie alle Ritterhanssen mir über ihn gemacht hat und die mit wenig Glauben zu verdienen scheinen, stellen sich dadurch als wahr heraus.“

„Aus dem, was man bei keinem ehemaligen Regimente über den Menschen weiß und was in den Musterrollen steht, erhellt wenig; es trifft aber insofern ganz mit Ihren Aussagen überein, als er zwar in Holland angeworben, doch nicht holländischen Ursprungs war, sondern kurz vorher aus Westfalen dahin ausgewandert.“

„Nun, Gott wird ihn richten“, sagte Madame d'Epaville, „und die Familie, welche in die Unteruchung verwickelt wurde“

„Wird jetzt sofort außer Verfolgung gestellt, denn es liegen durchaus keine Tatsachen mehr gegen dieselbe vor. Die Demoselle Ritterhanssen hat zwar die Unbedonnenheit begangen, dem Deferleur ein Asyl in der Rheider Burg anzuweisen. Dies ist jedoch geschehen, bevor die Burg Ihres Gemahls Eigentum wurde. Es kann also nicht mit der Absicht geschehen sein, die Feindschaft des Selte wider dessen Opfer zu benutzen. Auch spricht nichts dafür, daß die Ritterhanssen nachher, nachdem der Graf Eigentümer der Burg geworden, heimlich die Feindschaft des Deferleurs wider den Grafen auszubewirken gesucht hätten. Wir haben deshalb auch bereits die Ueberwachung des Rheider Hammers aufgehoben. Es lag freilich noch ein Verdacht aus älterer Zeit gegen den Herrn Ritterhanssen vor. Aber es würde nichts fruchten, diese Geschäfte aufzurühren; der Hauptzeuge, den wir haben würden, Richard von Hudarde, erklärt den Hammerbesitzer für unschuldig, und deshalb würde die Verfolgung vor den Geschworenen jedenfalls eine Niederlage erleiden. Was ist da also zu machen? Man legt es ad acta.“

(Fortsetzung folgt)

Der vorliegende Rechtsstreit gehört somit nicht zu den nach § 4 G. G. für das Gewerbegericht zuständigen Streitigkeiten.

Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß damit einem großen Teil der Arbeiter der Rechtsboden entzogen ist, und was gedenkt er zu tun, um diesem Uebelstand zu beseitigen?

Schweden.

Thornton Grantings Nachfolger. Meldung des Svenska Telegrambyrå. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements, Hjalmar Granting infolge beglaubigter Krankheit um seine Entlassung aus dem Amte ersucht, entlohrt der König Granting seines Amtes und ernannte den Besoldmächtigsten der Reichsbank, sozialistischen Abgeordneten Thorsson zum Minister und Chef des Finanzdepartements.

Ernährungsfragen.

Untersuchungsstoff für Herrn v. Waldow.

Neulich kam in dem großen Bremer-Wagen in Köln heraus, daß die Stadt Bonn größere Mengen Mehl zu 2,10 Mk. das Pfund an die Maschinenbauanstalt „Humboldt“ in Köln-Kalk verhandelt hatte. Ein Teil des Mehls hat leider die Arbeiter des „Humboldt“ nie erreicht, sondern ist auf dem Umwege über einen Agenten und die Schmidtelfamilie Bremer zentnerweise an Regierungsräte und sonstige „Schwerstarbeiter“ gelangt. Auf eine „keine Anträge“ des Abg. Behrens kam dann eine große Antwort, wonach das Geschäft selbstverständlich in schönster Ordnung gewesen war. Nun ein neuer Fall: Auf einem Kölner Güterbahnhof sind etwa 160 Zentner inländisches Mehl beschlagnahmt worden, die aus dem Lager der Stadt Bensberg bei Köln stammen. Das Mehl hatte im Weiterverkauf schon 2,10 Mk. das Pfund erreicht. In Bensberg gibt es zahlreiche Sägewerke und Sägewerksarbeiter, die für das Mehl recht dankbar gewesen wären.

Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Wucher.

Auf einem Dortmundener Werk sollten wieder einmal die Arbeiter mit Speck beglückt werden. Das war an sich ganz loblich. Aber dieser Speck war auf dem Wege des Schleichhandels erworben und die Arbeiter sollten für das Pfund Speck 13,75 Mk. bezahlen. Dieser wucherischen Ausbeutung durch den Schleichhandel waren aber eine Anzahl Arbeiter überdrüssig geworden. Sie nahmen zwar, wie alle anderen, auch ihr Quantum Speck, sogar bis zu 8 Pfund, erklärten aber, als es ans Bezahlen ging: Der Höchstpreis beträgt 2,60 Mk. die Überzahlung ist irreföhr. Wir wollen uns aber nicht irreföhren lassen! Und sie legten in der Tat für jedes Pfund nur 2,60 Mk. auf den Tisch des Hauses nieder. Den Mehrertrag kann die Werkverwaltung vom Lohnen nicht in Abzug bringen, denn dann müßte sie sich strafbar machen. Gegen das Verhalten der Arbeiter kann bestimmt nichts einwendet werden. Sie haben sich dieses eine Mal gegen den Wucher erfolgreich gewehrt. So lobenswert die Selbsthilfe der Arbeiter auch ist, sehr weit werden sie damit nicht kommen, denn der Schleichhandel wird andere zahlungsfähige Käufer finden und finden, die den Wucherpreis zahlen. Nur durch gründliche vollständige Erfassung aller Warenströme und durch Enttarnung des Schleichhandels könnte der Allgemeinheit und damit auch den Arbeitern geholfen werden. Ob wir das freilich noch erleben werden?

Sinn und rechte Sozialrevolutionäre im Kampfe um die Bauernschaft.

Von einigermaßen Bedeutung für die Festigkeit der Sozialistischen Regierung ist naturgemäß die Frage, wie weit es ihr gelingt, die Unterstützung der Bauernschaft zu gewinnen und zu erhalten. Typisch für die heftigen Auseinandersetzungen der Anhänger und Gegner der Sozialdemokratie um die Bauern waren die Szenen auf dem zweiten allrussischen Bauernkongreß, der am 9. Dezember 1917 in Petrograd im Alexander-Saal der Stadt-Duma eröffnet wurde. Schon vor der Eröffnung des Kongresses trat die Spannung zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Bauernbewegung hervor. Der rechte Flügel hielt an dem alten, Erbkulturstück und beanspruchte für diesen das Recht, die Leitung zu führen und vorläufig zu bleiben, während die Sozialdemokraten den Antrag stellten, daß ein Mitglied des Präsidiums des inzwischen abgehaltenen außerordentlichen Bauernkongresses den Vorsitz übernehmen sollte. Einige Sozialrevolutionäre wählten den Bauernkongresspräsidenten, den Kongreß durch das alte Mitglied ihrer Partei, Kabanow, eröffnen zu lassen. Alle diese Bemühungen erwiesen sich jedoch als gescheitert, denn in Wahrheit beherrschte die Sozialdemokratie die Bauernschaft. Die Sozialdemokraten hatten die Tribüne und überlegten den Vorsitz dem Bauernbewußten Sozialrevolutionär Ufimow. Darüber eroberte großer Sturm. Ufimow versuchte zu sprechen, wurde aber wieder gestört. Auf der Sozialrevolutionären Tribüne wurde nicht zu Wort kommen und wurde gewalttätig von der Tribüne entfernt. Aus der Mitte der Bauernschaft wurde jedoch nach dem früheren Sozialdemokratischen Tribünen als Vorsitzender vorgeschlagen. In einem Augenblick der Verwirrung gelang es, den Vorsitz zu übernehmen, daß aber der Vorsitz abgetreten werden sollte. Dabei wurden für Ufimow 255 Stimmen, für die Sozialdemokraten 246 Stimmen abgegeben. Die Anhänger Ufimows erhoben erneuerten Widerspruch und erzwangen eine Wiederholung der Abstimmung bei der Ufimow 230 Stimmen, die Sozialdemokraten jedoch 249 Stimmen erhielt. Unter dem lauten Beifall des linken Flügels der Bauernschaft übernahm sie den Vorsitz. Ufimow hielt dann eine heftige Ansprache gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Gewalttätigkeiten gegen die inoffizielle Nationalversammlung, wurde jedoch fortwährend von den linken Sozialdemokraten unterbrochen. Während die rechten Sozialdemokraten für die Nationalversammlung demokratischer, haben die linken Sozialdemokraten den Überhand der Sozialisten und der linken Sozialdemokraten verurteilt, während die rechten Sozialdemokraten nur für die Wahl der Sozialisten beantragten. Im allgemeinen blieb jedoch die Richtung Ufimow in der Bauernschaft, und die Sozialdemokraten hatten mit Hilfe des linken Flügels der Sozialrevolutionäre auch in ihrer Verwirrung eine kleine Mehrheit.

Ostasiatische Kriegsprobleme.

Aus den Dokumenten der Geheimdiplomatie veranschaulicht die neue russische Regierung eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, die sich aus den Beziehungen der neueren russischen Regierung und der Entente zu Japan und China ergeben, wobei die Hinzufügung Chinas in den Krieg gegen Deutschland die Hauptrolle spielt. Zwei besonders interessante Dokumente liefern wir hier folgen:

1. Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio vom 11. März 1917.

Sehr vertrauliche Mitteilungen, die ich aus verschiedenen Quellen in Ministerium des Innern erhalten habe, wegen der Schwierigkeiten in China, die direkt oder indirekt das politische Leben des Landes betreffen, sind einem Bericht mit dem Titel: „Die Lage des Reiches auf diesem Wege durch die Erklärung des Reiches über die Republik, die ich in der angelegenen Form noch nicht vollständig geteilt hat. Nach Ansicht der japanischen Regierung sind es vollständig notwendig, einen harten Druck auf China auszuüben, wenn die verhängnisvolle Lage nicht abgemildert wird, auf ihre Seite tritt. Wenn wir uns entschließen, die Situation zu verbessern, so müssen wir bereit sein, China gewisse materielle Kompensationen zu gewähren und China die Garantie unserer Unterstützung zu geben für den Fall aggressiver Handlungen Deutschlands gegenüber China. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der Hauptgrund der Schwankungen einiger Politiker in China die Angst vor Deutschland ist. Daher ist es notwendig, daß die verbündeten Mächte sich bezüglich folgender Punkte einigen: 1. China sind gewisse Vorteile hinsichtlich der Erhöhung der Zollsätze zuzugestehen. 2. Der Antrag Chinas in der Frage der Tilgung der Schuldzahlung aus dem Jahre 1901, der sogenannten Boxer-Entschädigung, ist unter gewissen Bedingungen zu erfüllen. 3. China muß die Garantie erhalten, daß es auf unsere Unterstützung rechnen kann, falls Deutschland aggressive Handlungen gegen China unternimmt. 4. Falls China in den Kriegszustand mit Deutschland eintritt, sind alle diplomatischen Verträge und Abkommen zwischen Deutschland und China außer Kraft zu setzen, und China braucht nicht die Frage der Zahlungen der Boxer-Entschädigung gegenüber Deutschland zu lösen. Jedenfalls ist China befreit, von den Verpflichtungen gegenüber Deutschland sowohl während des Krieges als auch nach dem Friedensschluß befreit zu sein. Die kaiserliche Regierung bittet, ihr möglichst bald die Ansicht der Regierung mitzuteilen, deren Vertreter Sie sind. Kopie nach Peking. Krupensky.

gewisse materielle Kompensationen zu gewähren und China die Garantie unserer Unterstützung zu geben für den Fall aggressiver Handlungen Deutschlands gegenüber China. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß der Hauptgrund der Schwankungen einiger Politiker in China die Angst vor Deutschland ist. Daher ist es notwendig, daß die verbündeten Mächte sich bezüglich folgender Punkte einigen: 1. China sind gewisse Vorteile hinsichtlich der Erhöhung der Zollsätze zuzugestehen. 2. Der Antrag Chinas in der Frage der Tilgung der Schuldzahlung aus dem Jahre 1901, der sogenannten Boxer-Entschädigung, ist unter gewissen Bedingungen zu erfüllen. 3. China muß die Garantie erhalten, daß es auf unsere Unterstützung rechnen kann, falls Deutschland aggressive Handlungen gegen China unternimmt. 4. Falls China in den Kriegszustand mit Deutschland eintritt, sind alle diplomatischen Verträge und Abkommen zwischen Deutschland und China außer Kraft zu setzen, und China braucht nicht die Frage der Zahlungen der Boxer-Entschädigung gegenüber Deutschland zu lösen. Jedenfalls ist China befreit, von den Verpflichtungen gegenüber Deutschland sowohl während des Krieges als auch nach dem Friedensschluß befreit zu sein. Die kaiserliche Regierung bittet, ihr möglichst bald die Ansicht der Regierung mitzuteilen, deren Vertreter Sie sind. Kopie nach Peking. Krupensky.

2. Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio vom 18. April 1917.

In allen Seiten gelangen glaubhafte Meldungen zu mir, daß die japanischen Regierungskreise durch die Möglichkeit außerordentlich beunruhigt sind, daß Russland in nächster Zukunft aus diesem oder jenem Grunde mit Deutschland und Österreich Frieden schließen könnte. Hier befürchtet man einen solchen Gang der Angelegenheiten, da er unweigerlich den Ausgang des letzten Weltkrieges von Grund aus verändern würde und nicht für Russland, sondern auch für die Lage der japanischen Regierungskreise zu unangenehmen Folgen führen würde. Dieser Schritt müßte einen sehr ungünstigen Einfluß sowohl auf das allgemeine Verhältnis Japans uns gegenüber als auch auf alle unsere laufenden Angelegenheiten haben. Daher wäre es, wenn sich die Möglichkeit bieten würde, sehr zweckmäßig, den Japanern in dieser Richtung durchaus bestimmte und autoritative Erklärungen abzugeben. Krupensky.

Abklopfung von Heeresentlassenen durch die Unternehmer.

In der neuesten Nummer des „Kriegsamt“ ist folgende Mitteilung der Kriegsamtsstelle Münster enthalten: Die starken Anforderungen, die der Krieg an die Industrie stellt, machen es erforderlich, ihr die Facharbeiter, die zunächst vom Heeresdienst einberufen waren, bald wieder zurückzugeben. Es ist anzunehmen, daß heute fast jedes für die Kriegswirtschaft in Anspruch genommene Werk über seinen alten Stamm an Qualitätsarbeitern wieder verfügt. Wenn trotzdem gegenwärtig die Nachfrage nach Arbeitern noch eine sehr große ist, so findet das keine Erklärung darin, daß einmal die Fabriken vielfach über ihren früheren Umfang hinaus beschäftigt sind, andererseits die Heeresentlassene ein allmähliches Herausziehen der kriegsverwendungs-fähigen Arbeiter erforderlich macht. Um so unverständlicher ist es, daß eine Anzahl großer und prosperer Werke mit den Arbeitskräften eine Verheimlichung treibt, die im Interesse des Heereserfolges unbedingt vermieden werden muß. So werden wiederholt Arbeiter, die von den Arbeiterannahmestellen der Werke für einen Teilbetrieb angenommen werden, wieder entlassen, weil sie sich den Anforderungen der Arbeit, für die man sie anmahmt, nicht gewachsen zeigen. Infast nun innerhalb des Werkes eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit oder eine Umstellung zu erwägen, kündigen die Werke derartigen Arbeitskräften. Es liegt hier zweifellos ein bedauerlicher Mangel in der Organisation vor, der den Werken selbst zum Schaden gereicht, weil ihnen auf diese Weise manche brauchbare, wenn auch an anderer Stelle verwendbare Arbeitskraft verloren geht, auch mit Rücksicht darauf, daß die Industrie immer mehr zur Herausgabe der jungen In. Arbeiter gezwungen wird.

Ein derartiges Abklopfen von Arbeitskräften wirkt aber besonders verhängnisvoll und beunruhigend, wenn es sich bei den Zuschlagenehen um einen Kriegsteilnehmer oder Kriegsbekämpften handelt, die sich meist bei ihrer alten Betriebsabteilung gemeldet haben, und nun häufig die Erfahrung machen müssen, daß sie infolge der mitgemachten Strapazen usw. den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind und gezwungen sind, andere zuträgliche Arbeit zu suchen.

Die militärischen Stellen, denen nicht allein die Sorge um die Leistungsfähigkeit der kriegswirtschaftlichen Betriebe, sondern auch die Verantwortung obliegt, für eine ökonomische, die Heeresinteressen fördernde Anweisung der Arbeitskräfte sowie die Pflicht zur Arbeitsvermittlung anderer aus dem Krieg vorzeitig entlassenen Arbeiter zu sorgen, können solchen Verfahren nicht teilnahmslos zusehen.

Auf Anregung der Kriegsamtsstelle Münster hat daher das Stellvertretende Generalkommando des 7. Armekorps veranlaßt, daß die Bezirkskommandos und die auf den größeren Werken eingerichteten militärischen Kontrollstellen alle jene Fälle aufklären und zur Sprache bringen, wo ein zur Arbeit überwiegender oder in Zugang gekommener Kriegsteilnehmer (insbesondere ehemaliger Heeresangehöriger) aus nicht kriegsbedingten Gründen abgewiesen oder nach einigen Tagen wieder entlassen wird, ohne daß die Möglichkeit geprüft wurde, ob der Betreffende nicht an anderer Stelle im Reich seinen Platz ausfüllen könnte.

Dieses verhängnisvolle und beunruhigende Abklopfen von Arbeitskräften wird schon heute in der Zeit des Arbeitermangels getrieben. Der Staat der Unternehmer für die Kriegsbekämpften und kriegswirtschaftlichen Betriebe hat ein eigenartiges Gesicht. Daß es anders aussehender würde, haben wir gar nicht erwartet. Deshalb ist ja auch in den sozialpolitischen Forderungen des Bürgerlichen Reichstages verankert, daß durch eine Anwerbestelle der Kriegsteilnehmer die Pflicht zur Einweisung von Kriegsbekämpften erfüllt werden müsse und daß den Kriegsteilnehmern nach Möglichkeit die Wiederbeschäftigung in dem alten Betrieb zu sichern sei. Persönliche Geschäftsgesellen haben über die Voraussetzungen der Wiederbeschäftigung entschieden.

Was auf Grund der gemachten Erfahrungen vom Parteitag als notwendig erkannt wurde, findet hier keine genügenden amtliche Begründung. Sie wird fraglos nicht unbedeutend bleiben; wie man's weiß, so geht's. Wir denken uns den Dank für die, die da herangehen werden, anders, als es bei einem Teil der Unternehmern der Fall ist. Und wir wollen auch dafür sorgen, daß den nur auf ihren Profit bedachten was aus dem Rücken wirtschaftlichen Unternehmern geschäftlich nutzgemacht wird, daß für die Unterbringung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpften keine Profitinteressen maßgebend sein dürfen und können.

Aus der Partei.

Genosse Engelbert Bernthaler, dessen kürzere Erkrankung wir bereits mitteilen, ist gestern in Wien im Alter von 68 Jahren gestorben. Der Bericht über sein Leben aus dem bürgerlichen Lager zur Sozialdemokratie gekommen; er hat sich nicht nur in der literarischen, sondern auch in der internationalen Sozialdemokratie einen bedeutenden Namen erworben. Genosse Bernthaler gehörte dem Abgeordnetenstande an und war Abgeordneter des Reichstages. Seine Werke werden sich des höchsten Ruhmes von Parteiung herabsehen; hier beschränkte er im Namen der sozialistischen Partei den Parteitag. Sein Andenken wird auch von der deutschen Arbeiterpartei in Ehren gehalten werden.

Kampfbüro: Kriegsbekämpften. Wie wir hören, beschäftigen die Kampfbüros für den durch den Tod Stadtpräsidenten verstorbenen Minister in Niedersachsen Dr. Rudolf Breitscheid, den früheren Vorsitzenden der demokratischen Bewegung, als

Reichstagskandidaten aufzustellen. Die sozialdemokratische Partei wird ihren Kandidaten in einer Kreisversammlung am Sonntag, dem 13. Januar, bestimmen. In Vorschlag kommt ein hervorragender Sozialpolitiker.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat im Einvernehmen mit der Konferenz der Verbandsvorstände die Wünsche der Arbeiterschaft auf der Gebiet sozialpolitischer Reformen programmatisch zusammengefaßt und in einer Denkschrift zusammengestellt den geschiedenen Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten übermitteln. Die Denkschrift führt den Titel: „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften“ (Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm). Sie umfaßt 18 Gruppen von Forderungen, die sich erstrecken auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schiedsgerichte und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Inspektion, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Rechtsprechung, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolbetriebe, die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung. Die Gewerkschaftsforderungen auf diesen Gebieten sollen helfen, das neue Deutschland auf der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse aufzubauen. Sie sollen eine Neuorientierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeiführen und die friedliche Neuschöpfung des Reiches gestalten helfen. In der Begründung haben die Gewerkschaften ausdrücklich hervor, daß Steuerfragen, Wehrpflicht und vor allem das Wahlrecht die Arbeiter in noch höherem Maße interessieren als diese sozialpolitischen Fragen. Sie betonen sich zu dem Worte des Professors Anshütz: „Wohlfahrts- und Versorgungsrichtungen sind gut, allgemeine Teilnahme des Volkes am Staat, politische Gleichberechtigung, Einheit von Volk und Staat, kurz Demokratie in diesem Sinne sind besser.“ Aber sie betonen zugleich das besondere Interesse der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Schutz der Schwachen und wollen die im sozialpolitischen Arbeiterprogramm aufgestellten Forderungen zum Gegenstand einer großzügigen Propaganda machen. Das Arbeiterprogramm soll daher zugleich als Agitationschrift in Massen verbreitet werden und durch zahlreich Kundgebungen der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu seinen Gunsten das nötige Gewicht erhalten.

Entschädigung für unfreiwilliges Feiern. Die Frage: wer entschädigt den Arbeiter, wenn er wegen Kohlenmangel oder wegen der mangelnden Zufuhr elektrischer Energie feiern muß, ist im Rheinischer und Solinger Industriebezirk akut geworden. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Reisholz bei Düsseldorf, das die genannten Bezirke versorgt, ist infolge Kohlenknappheit nicht einmal in der Lage, die von der Regierung reduzierte Kraftmenge von 80 Prozent zu liefern. Infolgedessen ruhen die meisten Betriebe an mehreren Tagen in der Woche, so daß etwa 35.000 Arbeiter zeitweise zum Feiern verurteilt sind. Einige Rheinischer Werke haben sich nun freiwillig bereit erklärt, den Arbeitern eine Entschädigung in der Höhe von 4—10 Mark für die unfreiwilligen Feiertage zu zahlen. Die Solinger Unternehmer lehnten aber jede Entschädigung ab bis auf wenige Ausnahmen, die bis zu 75 Prozent des verdienten Lohnes zahlten. Der deutsche Metallarbeiter-Verband und die im Industriearbeiter-Verband vereinigten Lokalgewerkschaften verlangen nun die schnelle Lösung der Frage: Wer muß die Arbeiter entschädigen? Die Rechtsauskunftsstelle des Kriegsamts steht auf dem Standpunkt, daß die Unternehmer dazu verpflichtet sind. Das Hilfsdienstgesetz beschränkt die Freizügigkeit der Arbeiter. Der Unternehmer, der weiter auf die Arbeitskraft seiner Arbeiter reflektiert, müsse auch, wenn Material- oder Kohlenmangel eintrete, den Arbeiter anderweitig beschäftigen, oder die Arbeitszeit bezahlen. Will der Unternehmer beides nicht, so muß er dem Arbeiter den Abfeiern geben. Der Unternehmer-Verband hat sich ebenfalls um ein juristisches Gutachten bemüht, das in der „Arbeitsgeber-Zeitung“ veröffentlicht wird. Darin heißt es: „Der Unternehmer ist zu der Bezahlung des vereinfachten Lohnes auch dann verpflichtet, wenn er den Arbeiter infolge eines von ihm nicht verschuldeten Umstandes nicht beschäftigen kann. Nur dann wird der Unternehmer den Anspruch auf Bezahlung ablehnen können, wenn die Fortsetzung des Betriebes durch einen Umstand unmöglich gemacht wird, den der Unternehmer nicht zu vertreten hat. (Beispiel: Brandunglück, Explosion usw.) Wenn sich der Betrieb infolge vollständigen Materialmangels nicht fortsetzen läßt, so kann allerdings nicht ohne weiteres von einer unverschuldeten Unmöglichkeit die Rede sein, es ist vielmehr zu prüfen, ob nicht der Unternehmer, sei es auch mit sehr erheblichen Mehrkosten, von anderer Seite die nötigen Materialien beschaffen kann.“ Dieses Gutachten deutet sich zwar nicht ganz mit dem der Rechtsauskunftsstelle des Kriegsamtes, doch spricht es ebenfalls von der Verpflichtung des Unternehmers, unter bestimmten Voraussetzungen den Arbeiter zu entschädigen. Eine außerordentlich beachtliche Verammlung der Gewerkschaften in Solingen nahm nun zu der Frage Stellung. Die Verammlung nahm einstimmig einen Beschlus-Antrag an, der verlangt, daß die Entschädigung für die sogenannten Streiktage mit rückwirkender Kraft bezahlt werden sollen. Für viele Arbeiter handelt es sich da um erhebliche Beträge, denn die Streiktage wegen Mangel an elektrischer Kraft sind schon seit Jahresfrist eingeführt. Die Solinger Unternehmer verweisen die Arbeiter an die Regierung. Man darf gespannt sein, wie die Frage ihre Erledigung finden wird. Gerade an diesem Beispiel zeigt es sich wieder, daß die Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch Gemeinde oder Reich einer der brennendsten Fragen ist, die eine schnelle Erledigung verdient.

Aus Nah und Fern.

In den Armen der Mutter erstickt. Auf dem Bahnhof in Münsterberg (Schles.) traf eine von auswärts kommende polnische Arbeiterfrau ein. Sie mußte die Wahrnehmung machen, daß ihr kleines, erst ein Vierteljahr altes Kind, das sie in einem Tuch im Arm trug, erstickt war. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Vier Menschen getötet. In Oberhausen hatten vier Männer einen auf dem Staatsbahngelände stehenden Eisenbahnwagen beantragt. Auf dem Rückweg grieten sie unter einem Zug der Hüttenbahn des Walzwerkes Oberhausen. Sie wurden alle vier auf der Stelle getötet.

Bergwerkungstat einer Mutter. Die Witwe des 1915 gefallenen Bergwerkmehlers Wolf in Mainz vergiftete ihre drei Kinder mit Ljöl und machte ihrem eigenen Leben durch Erhängen ein Ende. Als Beweggründe zu der Tat werden Erbschaftsstreitigkeiten und Nahrungsjorgen angegeben.

Der Zwischenfall auf dem Bodensee. Der schweizerische Gesandte in Berlin wurde beauftragt, der deutschen Regierung das Bedauern des Bundesrats auszudrücken über den Zwischenfall auf dem Bodensee, wo infolge Uebereifers eines Unteroffiziers ein deutscher Dampfer von schweizerischem Boden aus beschossen wurde.

Großes Schadenfeuer in Hoboken. Reuter berichtet aus New-York: Durch einen großen Brand wurden in Hoboken umfangreiche Fabrikanlagen vernichtet. Durch das schnelle Eintreffen der Feuerwehr aus New-York konnte verhindert werden, daß sich der Brand auf die Landungsplätze ausbreitete. Eine Anzahl Feuerwehrleute wurden unter der Einwirkung des Rauchs und der heftigen Kälte ohnmächtig.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. **Verleger:** I. G. Schwerg, Dr. Friedr. Meyer & Co. **Gesellschaft in Vind.**